

Besondere Vertragsbedingungen

1. Der/Die Unternehmer*in übernimmt die Beförderung von förderschulbedürftigen Schülerinnen und Schülern aus dem Kreisgebiet zur Peter-Pan-Schule, Ludwig-Wiesmann-Str. 22, 48249 Dülmen / Steverschule, Niederstockumer Weg 15, 48301 Nottuln / Pestalozzischule in Dülmen, An der Kreuzkirche 5, 48249 Dülmen / Pestalozzischule in Coesfeld, Grimpingstraße 88, 48653 Coesfeld.
2. Der/Die Unternehmer*in ist im Besitz einer gültigen Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz. Der Nachweis ist mit Angebotsabgabe vorzulegen. Er/Sie verpflichtet sich, dem Kreis Coesfeld unverzüglich den Wegfall dieser Genehmigung schriftlich anzuzeigen.
3. Die Beauftragung eines Subunternehmens oder die Übertragung von vertraglichen Verpflichtungen auf Dritte ist grundsätzlich nicht zulässig.
4. Die jeweiligen Streckenführungen und Haltestellen ergeben sich aus den vom Auftraggeber festgelegten Fahrplänen. Die Fahrpläne können entsprechend den Erfordernissen geändert oder neu festgelegt werden.
5. Die Schüler*innen steigen auf der Hinfahrt an den festgelegten Haltestellen oder Wohnanschriften ein und steigen auf dem Schulgrundstück an der vorgesehenen beaufsichtigten Haltestelle aus. Für die Rückfahrt werden die Schüler*innen an der Schule in Empfang genommen und an den festgelegten Haltestellen oder Wohnanschriften wieder abgesetzt.
6. Bei einer Änderung der täglichen Fahrstrecke wegen Ausfall oder Weg- bzw. Zugang von Schülerinnen und Schülern wird das Beförderungsentgelt neu festgesetzt, wenn sich die Beförderungskilometer bei täglicher Fahrt um mehr als 10 km ändern. Die Neufestsetzung erfolgt auf Grundlage der angebotenen Tagespauschale und der Beförderungskilometer.
7. Fällt eine Fahrt wegen witterungsbedingter oder sonstiger höherer Gewalt (z.B. Glatteis, Unwetter, Epidemie, Pandemie) aus, erhält der/die Unternehmer*in 70 % des vereinbarten Entgeltes. Bei witterungsbedingten Unterrichtskürzungen (z.B. hitzefrei) hat der/die Unternehmer*in nach Verständigung durch die Schule die Beförderung ohne ein erhöhtes Entgelt zum gewünschten Zeitpunkt durchzuführen.
8. Bei Unterrichtsausfall aus schulorganisatorischen Gründen hat der/die Unternehmer*in ebenfalls einen Anspruch auf 70 % des vereinbarten Entgeltes, wenn er/sie nicht mindestens 5 Werktage vorher von der Schulleitung oder vom Auftraggeber informiert worden ist.
9. Das Beförderungsentgelt wird monatlich abgerechnet.
10. Falls sich die Voraussetzungen des Mindestlohns im laufenden Schuljahr ändern, werden entsprechende Anpassungen vorgenommen.
11. Der Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse, die zur Schülerbeförderung besonders eingesetzt werden, und das Merkblatt für die

Schulung von Fahrzeugführerenden bei der Beförderung von Schülerinnen und Schülern in der jeweils gültigen Fassung sind zu beachten.
Insbesondere übernimmt der/die Unternehmer*in bezüglich des Einsatzes der Fahrzeuge folgende Verpflichtungen:

- a. Werden an einem eingesetzten Fahrzeug Mängel festgestellt, sind diese unverzüglich zu beseitigen. Dem Auftraggeber ist auf Aufforderung ein entsprechender Nachweis vorzulegen.
 - b. Die eingesetzten Fahrzeuge sind durch Anbringen von Schildern entsprechend den gültigen amtlichen Vorschriften (§ 33 Abs. 4 BO Kraft) als Schulbusse zu kennzeichnen.
 - c. Die eingesetzten Fahrzeuge müssen mit einer zugelassenen Türschlosssicherung versehen sein.
 - d. Eingesetzte Kleinbusse und Kraftomnibusse sind – soweit technisch möglich und zulässig – an den Ein- und Ausstiegen beidseitig mit Haltegriffen zu versehen.
 - e. Die Fußböden der Fahrzeuge sind so auszustatten, dass sie auch im feuchten Zustand ausreichend rutschhemmend sind.
 - f. Schüler*innen in PKW und Kleinbussen bis zu 17 Sitzplätzen dürfen nur auf Sitzen mit zugelassenen Sicherheitsgurten befördert werden und müssen entsprechend angeschnallt sein. Für Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr, die kleiner als 150 cm sind, sind zugelassene Rückhaltevorrückrichtungen für Kinder zu verwenden.
 - g. Kleinbusse und Kraftomnibusse sind mindestens an den Rückseiten mit zwei zusätzlichen Blinkleuchten auszurüsten, die so hoch und so weit außen, wie im Rahmen der Zulässigkeit möglich ist, angeordnet sein müssen.
 - h. Bei Einsatz von Rollstuhlfahrzeugen sind die für den Rollstuhltransport vorgesehenen Schüler*innen mittels Auffahrschienen, einer Auffahrrampe oder Hebebühne ins Fahrzeug zu schieben. Jeder Rollstuhl-Stellplatz im Fahrzeug ist mit einem Rollstuhl-Rückhaltesystem und einem Rollstuhlnutzer-Rückhaltesystem auszurüsten und entsprechend zu nutzen (§ 35a Abs. 4a StVZO).
 - i. Wird in begründeten Einzelfällen ein anderes Fahrzeug wie im Angebot angegeben eingesetzt, muss die angebotene Kapazität an Beförderungsplätzen beibehalten werden.
 - j. Wenn der/die Unternehmer*in in begründeten Einzelfällen vorübergehend ein Fahrzeug eines Dritten einsetzen muss, hat er sich vor Fahrantritt davon zu überzeugen, dass das Fahrzeug die in diesen besonderen Vertragsbedingungen enthaltenen Anforderungen erfüllt.
12. Es ist nur Fahrpersonal einzusetzen, das gültige Fahrerlaubnisse für das eingesetzte Fahrzeug und zur Fahrgastbeförderung nach § 48 FeV besitzt. Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise und Einzelangaben nach Zuschlagserteilung abzufordern.
13. Es ist nur Fahrpersonal einzusetzen, welches sich in deutscher Sprache verständigen kann.
- 14. Das Unternehmen darf nur Fahrpersonal einsetzen, dass vor der ersten Fahrt ein erweitertes Führungszeugnis gem. § 30 a Absatz 1 Ziffer 2 Buchstabe b BZRG vorgelegt hat und dieses keinen Eintrag enthält, der einer Tätigkeit mit Minderjährigen entgegensteht.**

15. Fahrpersonal und ggf. Begleitpersonen sind zur Rücksichtnahme auf die Behinderungen und Verhaltensweisen der Schüler*innen anzuhalten; häufiger Personalwechsel ist zu vermeiden.
16. Die Bestimmungen über die Besetzung von Kraftfahrzeugen sind einzuhalten, wobei für die Anzahl der Sitzplätze in Kraftomnibussen die Angaben im Kfz-Schein und bei PKW und Kleinbussen die Anzahl der Sicherheitsgurte maßgebend ist; § 35 a StVZO ist zu beachten.
17. Im Fahrzeug dürfen außer den Schülerinnen und Schülern nur Begleitpersonen mitgenommen werden. Ausnahmen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
18. In den Fahrzeugen darf nicht geraucht werden - auch bei Leerfahrten.
19. Ein gefahrloses Ein- und Aussteigen der Schüler*innen ist zu gewährleisten. Das Fahrpersonal öffnet und schließt die Fahrzeugtüren beim Ein- und Aussteigen der Schüler*innen. Bei Sammelhaltestellen darf zum Ein- und Aussteigen nur an besonders geeigneten Plätzen angehalten werden.
20. Das Fahrpersonal ist verpflichtet, das Warnblinklicht einzuschalten, solange Schüler*innen ein- und aussteigen.
21. Vor der ersten Fahrt sind die Eltern über die An- und Abfahrzeiten zu informieren.
- 22. Dem Auftraggeber sind besondere Vorkommnisse, insbesondere Unfälle, unverzüglich mitzuteilen.**
23. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der vertraglichen Pflichten sowie die Streckenführung und Kilometer- bzw. Zeitangaben jederzeit zu überprüfen. Sofern bei der Überprüfung festgestellt wird, dass das Beförderungsentgelt zu hoch berechnet wurde, behält sich der Kreis Coesfeld vor, das Beförderungsentgelt rückwirkend neu festzusetzen. Überzahlte Beförderungsentgelte sind zu erstatten (s. Ziffer 6).
24. Kommt der/die Auftragnehmer*in seinen/ihren Verpflichtungen aus der Leistungsbeschreibung oder diesen besonderen Vertragsbedingungen nicht nach, so behält sich der Auftraggeber im Einzelfall das Recht vor, ein anderes Unternehmen zu beauftragen. Dies gilt insbesondere wenn:
 - a. der/die Auftragnehmer*in seiner/ihrer Verpflichtung zur Beförderung der Schüler*innen nicht nachkommt;
 - b. der/die Unternehmer*in nicht mehr im Besitz einer gültigen Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz ist;
 - c. infolge erheblicher Verstöße gegen die besonderen Vertragsbedingungen ein ordnungsgemäßer Betrieb nicht mehr gewährleistet ist;
 - d. über das Vermögen des Unternehmers/der Unternehmerin ein Konkursverfahren oder ein gerichtliches Vergleichsverfahren eröffnet wird;
 - e. der/die Auftragnehmer*in aus anderen als den hier aufgeführten Gründen drei formelle Abmahnungen erhalten hat.

Evtl. Mehrkosten, die durch die Beauftragung eines anderen Unternehmens entstehen, gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

25. Der/Die Auftragnehmer*in haftet für Schäden, die sich aus der Beförderung der Schüler*innen ergeben. Der/Die Unternehmer*in stellt den Auftraggeber von allen Haftungsansprüchen frei.
26. Der Auftraggeber kann mit einer Frist von 14 Tagen einzelne Linien auflösen, wenn die Pflicht zur Beförderung der Schüler*innen durch den Kreis Coesfeld entfällt, die Schüler*innen der Fahrlinie anderen bestehenden Fahrlinien zugeordnet werden können oder aus anderen Gründen die Fahrlinie entfallen kann.